

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riesa,
Hauptstr. 20,
Postfach Nr. 12.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen befähigter bestimmte Blatt.

Postkonton:
Frankfurt 1599,
Stroßacker,
Riesa Nr. 52.

Nr. 98.

Donnerstag, 28. April 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bank. Für den Fall des Eintrags von Produktionsverzögerungen, Schließungen der Abzug- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 20 mm breite, 2 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, Bewilligte Rabatt erhöht, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Jahrgangs- und Prüfungsart: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge werden an der Kasse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckers, der Verleger oder der Verleger-Einrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Wahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 19. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Bittich, Riesa.

Genfer Operetten-Finale.

Die Herren in Genf haben noch gerade den allerletzten Zeitpunkt erreicht, um ihre 48. Sitzung und mit ihr zugleich die dritte Session der vorbereitenden Abrüstungskommission zu beenden. Hätten sie noch weiter getagt, dann wäre das Ergebnis vermutlich noch kritischer ausgefallen, als wie es sich heute schon präsentiert. Sieht man die Bilanz dieser letzten monatlichen Aussprache in Genf, so ergibt sich die Feststellung, daß auch nicht in einer der wesentlichen Fragen der Abrüstung auch nur eine annähernde Übereinkunftung der Meinungen und Standpunkte erzielt werden konnte. Programm stand gegen Programm, Ueberzeugung gegen Ueberzeugung. Wären die Herren in Genf ganz ehrlich, so müßten sie sich eingestehen, daß weniger über das Sachliche der Abrüstungsfrage gesprochen wurde, als mehr über Politik, das heißt, über die verschiedensten politischen Einstellungen zu der Sache, über die man eigentlich beraten wollte. Wir glauben es dem Präsidenten der Kommission, Herrn Roubon, gerne, daß er sich in einer gewissen Verlegenheit befand, als er zur Formulierung seiner Schlussfolgerungen schreiten mußte. Seine Aufgabe war es, der Weltöffentlichkeit zu etwas wie ein Ergebnis der monatlichen Debatten zu präsentieren. Seine Aufgabe war es, als Präsident, so etwas wie einen Optimismus zu dokumentieren, obgleich jeder andere Stimmungsausdruck dem „Ergebnis“ von Genf gerechter werden dürfte, als diese Bekundung einer unerklärlichen Offenherzigkeit. Herr Roubon hat es in seinem Schlussbericht fertig gebracht, die Unstimmigkeiten der Genfer Aussprache, die sich in ihr diametral stehenden Meinungen, das schier Unüberbrückbare der Gegensätze zu dem Begriff einer allerdings unvermeidlichen, aber doch tatsächlichen „ersten Lesung“ umzuformulieren. Ob die Weltöffentlichkeit sich von den nichtstimmigen Worten des Berichtes über das wirkliche Fiasko dieser lächerlichsten aller Genfer Konferenzen täuschen lassen wird? Das ist wohl kaum anzunehmen. Das Spiel in Genf war zu plump, die Verusche verschiedener Machtstaaten, unter allen Umständen ein Weiterfortschreiten der Verhandlungen zu sabotieren, waren zu arak und durchsichtig. Die Weltöffentlichkeit weiß, daß die Abrüstung einfach nicht wolle. Weil eben eine solche Abrüstung die Gleichberechtigung aller Nationen dieser Welt zur Last machen würde. Und der „Sieger“ will eben keine Gleichberechtigung.

Dem deutschen Vertreter in dieser Abrüstungskommission, dem Grafen Bernstorff, ist ohne Vorbehalt vollste Anerkennung für die Art und Weise, wie er die deutschen Wünsche vorbrachte, zu zollen. Graf Bernstorff war vielleicht der einzige der Mitglieder dieser seltsamen Kommission, der ein offenes und ehrliches Wort „riskierte“. Er hat den Sitten bei den Hörnern gepackt, dafür gesorgt, daß zum mindesten die Herren, die sich als „Abrüster“ abgeben, etwas von dem wahren Gedanken dieser Abrüstung vernahmen. Wenn seine Worte ungehört verhallen — kann man ihm einen Vorwurf daraus machen? Ihm und Deutschland zu überlebt. Vielleicht aber der Institution, die sich Völkerbund nennt, den Vorkriegern will oder wenigstens so tut, als wolle sie der Menschheit den ewigen Frieden bringen. Wir in Deutschland haben den Gang der letzten Abrüstungsverhandlungen in Genf und ihr Ergebnis als ein Symptom zu bewerten. Als die Erkenntnis, daß die Welt, das heißt, die Mächte, die dieser Welt ihren Stempel aufdrücken, noch lange nicht reif dazu sind, Schlichter der Friedensidee zu sein. Schlichtlich auch als die Erkenntnis, daß das deutsche Volk mit seinem christlichen Glauben und seiner christlichen Botschaft, mitzuarbeiten an dem Aufbau einer neuen Welt, im Völkerbunde, mit einigen Ausnahmen, das fest zugegeben, isoliert besteht. Das ist gewiß eine bittere Erkenntnis. Aber es ist besser, sich ihr nicht zu verschließen. Besser, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen, als so zu tun wie die anderen, nämlich, als ob alles in schönster Ordnung und Harmonie wäre.

Die Regierungsumbildung in Oesterreich.

Wien. (Telunion.) Man hält es in politischen Kreisen allen Krisengerüchten gegenüber als selbstverständliches, daß Bundeskanzler Dr. Seipel auch vom neuen Nationalrat mit der Regierungsbildung beauftragt werden wird. Ferner gilt es als sicher, daß die beiden großdeutschen Regierungsmitglieder Dr. Dinadhofer und Dr. Waber ihre Posten nicht behalten werden. Dagegen steht es noch nicht fest, ob mit dem Landbund eine Einigung über seinen Eintritt in die Regierungskonstitution erzielt werden wird. Die Verhandlungen haben bis jetzt noch nicht begonnen. Der Landbund würde zweifellos das Ackerbauministerium verlangen, während die Christlich-Sozialen ihm das Unterrichtsministerium anbieten dürften. Ein Kompromiß könnte vielleicht in der Schöpfung einer Staatssekretärei im Ackerbauministerium gesucht werden, die einem Landbündler angeboten würde. Doch gilt der Eintritt des Landbundes in die Regierungsmehrheit als nicht wahrscheinlich und man nimmt an, daß er seine Haltung gegenüber der Mehrheit von Fall zu Fall bestimmen wird. Die Frage der Einigung zwischen Regierungsmehrheit und Landbund ist besonders wichtig für die Steiermark, wo die Sozialdemokratie die relativ härteste Partei des Landtages ist und eine bürgerliche Mehrheit nur durch ein Zusammengehen zwischen Einheitslisten und Landbund möglich ist. Die kaiserlichen Verhandlungen werden deshalb zweifellos auf die gesamtparlamentarische Ebene auch in Oesterreich von großem Einfluß sein.

Die Feuertämpfe auf dem Yangtse dauern an.

London, 27. April. (Telunion.) Die Feuertämpfe zwischen ausländischen Kriegsschiffen und Chinesen auf dem Yangtse dauern an. Gestern wurde abermals ein englisches Kriegsschiff 13 Meilen oberhalb von Schanghai beschossen. Das Schiff erwiderte das Feuer mit seinen größten Geschützen. In englischen Berichten wird neuerdings mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß das Feuer von den Chinesen eröffnet wurde und die Kriegsschiffe auf Grund eines fälschlich ergangenen allgemeinen Befehls gezwungen seien, das Feuer zu erwidern.

Ein Manifest Tschangkaischets.

London. (Funkdruck.) Chicago Tribune meldet aus Schanghai vom 27. April, General Tschangkaischets hat ein Aufruf-Manifest veröffentlicht, das erklärt, der britische Gesandte in Peking bereite Pläne vor, um große Militärlieferungen nach Hankow und Schanghai im Falle der Abreise der Roten der fünf Mächte zu besetzen. Das Manifest fordert das chinesische Volk auf, nicht nur die Militärlieferungen, sondern auch die Imperialisten zu stützen, von denen die Engländer die schlimmsten seien. Im Zusammenhang mit dem 1. Mai hat Tschangkaischets zwei weitere Regimenter nach Schanghai geschickt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Londoner Kabinettsitzung über China.

London. Das englische Kabinet trat gestern wiederum in Anwesenheit des Oberbefehlshabers der englischen Seekreisläfte und des Vorkämpfers der Luftstreitkräfte zu seiner allwöchentlichen Sitzung zusammen. Die Besprechung galt vor allem der Lage in China. Die Anwesenheit der Oberbefehlshaber der Flottenstreitkräfte und der Luftstreitkräfte wird als Befähigung der in Whitehall umlaufenden Berichte angenommen, daß die Regierung mit der Lage im Yangtse-Tal bei weitem nicht zufrieden ist, da die Beschießung englischer Kriegsschiffe und Flugdampfer die Schifffahrt außerordentlich beeinträchtigt. Sachverständige haben sich erneut mit der Frage der Verwendung von Wasserflugzeugen in enger Zusammenarbeit mit den Kriegsschiffen auf dem Yangtse beschäftigt.

Keine gemeinsame Note wegen Hankow.

Paris. (Telunion.) In politischen Kreisen diskutiert man, daß die zwischen Japan, den Vereinigten Staaten, Frankreich und England erzielte Einigung über die abgelaufene Protestnote wegen der Zwischensache in Hankow erneut und wahrscheinlich endgültig fälschlich

geworden ist. Man beirätet diese Ansicht damit, daß weder Frankreich, noch die Vereinigten Staaten und Japan zur Teilnahme an etwaigen Sanktionsmaßnahmen geneigt sind, falls die Regierung von Hankow auch diesmal sich wieder weigern sollte, den Forderungen der Mächte Genugtuung zu geben. Man glaubt, daß eine etwaige gemeinsame Note nur eine Warnung enthalten werde.

Tschangtscholi und die Auslands-Mächte.

Es verdient sorgsam beachtet zu werden, daß der Inhalt der Dokumente, die feinerzeit auf Veranlassung Tschangtscholis in der Sowjet-Revolution in Peking beschlagnahmt wurden, nunmehr — in London veröffentlicht wird. Ausgerechnet in der Hauptstadt eines Landes, das eigentlich mit der inneren Politik Tschangtscholis in Peking wenig zu tun haben dürfte. Diese Tatsache führt zum mindesten zu der Erkenntnis, daß die Aufspürung der russischen Politik mehr auf Geheiß Londons geschah, weniger aus innerpolitischen Notwendigkeiten, denen die Befürworter der englischen Presse über den Wortlaut der Dokumente größte Skepsis entgegenzusetzen. Daß die englische Regierung alle Möglichkeiten benutzte, die ein angeblich zweideutiges Spiel Moskows in China beweisen könnten, darf als selbstverständlich angenommen werden. Daß der Inhalt der russischen Dokumente, die London jetzt veröffentlicht, dieser englischen Politik nicht unwillkommen kommt, steht außer allem Zweifel. So läßt sich auch die Vermutung nicht ganz von der Hand weisen, daß manches von dem, was die englische Presse als Inhalt der Dokumente zum Vorschein gibt, mehr dem Wunsch einer britischen Politik entspricht, als dem tatsächlichen Inhalt. Namentlich auch Moskows die englischen Mitteilungen über den Wortlaut der Schriftstücke als Hirngespinnste bezeichnet. Also Behauptung gegen Behauptung steht. Immerhin ist manches, was die englische Presse wiedergibt, beachtenswert. So soll nach den Londoner Behauptungen feststehen, daß die Sowjet-Regierung in den Jahren 1926/27 allein 40 Millionen Goldmark für Waffen in China ausgegeben hat. Ein beschlagnahmter Brief der russischen Regierung enthält eine Bestätigung der Verdoppelung des Soldes für alle Offiziere und Mannschaften der Sowjet-Armee, die vorläufig in der kantonischen Armee dienen. Wenn auch die Wahrheit dieser englischen Behauptungen sich nicht nachprüfen läßt, so geben sie doch Zeugnis davon, wie gefährdend freilich sich die Beziehungen zwischen London und Moskow inzwischen angekippt haben. Eine Freitteilung, die sich wenig ehrend für das angebliche Friedensideal des Völkerbundes und seiner Politik auspricht.

Schweres Eisenbahnunglück bei Weida.

Weimar. Infolge Schienenbruchs verunglückte gestern abend der 10 Uhr 10 in Weida einlaufende Zug bei der Haltestelle Schüpitz. Zehn Wagen wurden umgekippt. Bis jetzt sind eine Tote und 14 Schwerverletzte zu beklagen.

Leipzig, 28. April. In dem Eisenbahnunfall bei Weida teilte die Eisenbahndirektion 1 Leipzig mit, daß 4 Personen und 3 Eisenbahnwagen umgekippt sind. 4 Wagen dritter und vierter Klasse führten an. Gestorben ist Franz Amisgerichsthal, Führer aus Weida. Schwerer leichter verletzt sind 12 weitere Personen und zwar aus Gera und Weida. Zwei Ärzte aus Triebes und ein Arzt aus Weida leisteten die erste Hilfe. Zwei Hilfszüge aus Gera waren gegen 12 Uhr nachts zur Stelle. Der Durchgangsverkehr ist zunächst gesperrt und der Personenverkehr wird durch Umleitungen aufrechterhalten. Die Ursache der Zugentgleisung ist noch nicht bekannt.

Vier Rottenarbeiter überfahren.

Dannover, 27. April. Heute nachmittags um 3,34 Uhr fuhr der D-Zug 2 bei der Signalbrücke vor dem Bahnhof Ahlen in Weiskalen in eine dort arbeitende Rote der Gleisbauabteilung, wobei vier Arbeiter getötet und zwei leicht verletzt wurden. Das Wetter war klar. Der Lokomotivführer hat wiederholt Signale gegeben, doch konnte er den Zug nicht mehr rechtzeitig zum Halten bringen. Der Vorkämpfer will ebenfalls wiederholt die Arbeiter auf das Überkommen des Zuges durch Rottsignale aufmerksam gemacht haben. Die Arbeiter haben aber die Signale offenbar wegen des starken Geräusches der Gleisstopfmotoren und des im benachbarten Gütergleise in derselben Richtung wie der D-Zug laufenden Güterzuges 5128 überhört. Die Namen der Getöteten sind: Wilhelm Gernemeyn aus Dankersen bei Minden, Heinrich Dieke aus Meinen bei Minden, Wilhelm Döpping aus Dankersen und Hermann Kuthorst aus Hannover-Minden.

Attentat auf die Rufföhrenbahn.

Auf der Eisenbahnstrecke der Rufföhrenbahn, die von Andern nach Berga-Redden führt, wurde nach dem „B. Z.“ ein Attentat verübt. Zwischen den Stationen Vorleben und Lachstedt bemerkte der Lokomotivführer einen etwa vier Zentner schweren Gegenstand der Thüringisch-prov-

inischen Grenze, der auf die Schienen gewälzt und mit Erde bedeckt worden war. Der Aufmerksamkeit des Lokomotivführers gelang es, den Zug einen Meter vor dem Hindernis zum Stehen zu bringen. Es wird angenommen, daß die rußlose Lat von Arbeitern, die in dortiger Gegend schon häufig sich umhergetrieben und Unheil angerichtet haben, herrührt.

Deutscher Protest bei der Rheinlandkommission.

Berlin. Im Reichsministerium für die besetzten Gebiete ist am Dienstag ein eingehender Bericht des Reichskommissars Freiherrn Langewert von Simmern eingetroffen, der davon Mitteilung macht, daß infolge umfangreicher französischer Artillerie-Schießübungen mit scharfer Munition das Leben deutscher Staatsangehöriger in der Gegend von Trier gefährdet worden ist. Nur einem glücklichen Zufall war es zu verdanken, daß mehrere französische Granaten nicht unabsehbares Unheil angerichtet haben. Am Mittwoch vormittag fand dann unter dem Vorsitz des Belgians Dr. Dergt im Reichsministerium für die besetzten Gebiete eine Resortbesprechung statt, die damit endete, daß der deutsche Reichskommissar bei der Rheinlandkommission beauftragt worden ist, härtesten Protest gegen die unerhörte Leichtfertigkeit des französischen Militärs einzulegen. Freiherr Langewert von Simmern begab sich daraufhin am Mittwoch mittags zur Interalliierten Rheinlandkommission, wo der Vorfall über den Zwischenfall entschuldigt und Verkung von Schadenersatz zugesagt.

Die Schießübungen bei Trier eingestellt.

Koblenz, 28. April. Der Schritt der Regierung in Trier bei den Besatzungsbehörden wegen der Schießübungen in Trelingen bei Trier, bei denen zwei Granaten in unmittelbarer Nähe auf dem Felde arbeitender Frauen freipierten, hat die Wirkung gehabt, daß die Schießübungen eingestellt wurden. Es stehen in dieser Angelegenheit weitere Schritte der deutschen zuständigen Stellen bevor, um eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu verhindern.

Auslandstreifen deutscher Kriegsschiffe.

Berlin. Die Linienfahrtschiffe Schleswig-Holstein und Glatz und der Kreuzer Amazona sind am 26. April in Santa Cruz de Teneriffe, das Linienfahrtschiff Ossen und die Kreuzer Rumphe und Berlin in La Luz eingelaufen.